

# Gartenbauwirtschaft

DEUTSCHER ERWERBSGARTENBAU

Wirtschaftszeitung des

Deutsche Gartenbauzeitung für den Sudetengau

Amtl. Zeitung für den Gartenbau im Reichsnährstand u. Mitteilungs-



BERLINER GÄRTNER-BÖRSE

Deutsches Gartenbaues

Der Erwerbsgärtner und Blumenbinder in Wien

Blatt der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft

Hauptverlag: Berlin-Charlottenburg 4, Schillerstraße 36/38 Fernruf 314208 Verlag: Gärtnerei-Verlagsgesellschaft Dr. Walter Lang KG, Berlin SW 68, Kochstraße 22, Fernruf 176116 Postcheckkonto: Berlin 6204 Anzeigenpreis: 46 mm breite Millimeterzeile 11 Pf., Textzeile 12 Pf., Textzeile 13 Pf., Textzeile 14 Pf., Textzeile 15 Pf., Textzeile 16 Pf., Textzeile 17 Pf., Textzeile 18 Pf., Textzeile 19 Pf., Textzeile 20 Pf., Textzeile 21 Pf., Textzeile 22 Pf., Textzeile 23 Pf., Textzeile 24 Pf., Textzeile 25 Pf., Textzeile 26 Pf., Textzeile 27 Pf., Textzeile 28 Pf., Textzeile 29 Pf., Textzeile 30 Pf., Textzeile 31 Pf., Textzeile 32 Pf., Textzeile 33 Pf., Textzeile 34 Pf., Textzeile 35 Pf., Textzeile 36 Pf., Textzeile 37 Pf., Textzeile 38 Pf., Textzeile 39 Pf., Textzeile 40 Pf., Textzeile 41 Pf., Textzeile 42 Pf., Textzeile 43 Pf., Textzeile 44 Pf., Textzeile 45 Pf., Textzeile 46 Pf., Textzeile 47 Pf., Textzeile 48 Pf., Textzeile 49 Pf., Textzeile 50 Pf., Textzeile 51 Pf., Textzeile 52 Pf., Textzeile 53 Pf., Textzeile 54 Pf., Textzeile 55 Pf., Textzeile 56 Pf., Textzeile 57 Pf., Textzeile 58 Pf., Textzeile 59 Pf., Textzeile 60 Pf., Textzeile 61 Pf., Textzeile 62 Pf., Textzeile 63 Pf., Textzeile 64 Pf., Textzeile 65 Pf., Textzeile 66 Pf., Textzeile 67 Pf., Textzeile 68 Pf., Textzeile 69 Pf., Textzeile 70 Pf., Textzeile 71 Pf., Textzeile 72 Pf., Textzeile 73 Pf., Textzeile 74 Pf., Textzeile 75 Pf., Textzeile 76 Pf., Textzeile 77 Pf., Textzeile 78 Pf., Textzeile 79 Pf., Textzeile 80 Pf., Textzeile 81 Pf., Textzeile 82 Pf., Textzeile 83 Pf., Textzeile 84 Pf., Textzeile 85 Pf., Textzeile 86 Pf., Textzeile 87 Pf., Textzeile 88 Pf., Textzeile 89 Pf., Textzeile 90 Pf., Textzeile 91 Pf., Textzeile 92 Pf., Textzeile 93 Pf., Textzeile 94 Pf., Textzeile 95 Pf., Textzeile 96 Pf., Textzeile 97 Pf., Textzeile 98 Pf., Textzeile 99 Pf., Textzeile 100 Pf.

Postverlagsort Frankfurt/Oder - Ausgabe B

Berlin, Donnerstag, 20. November 1941

58. Jahrgang - Nummer 47

## Zur Umstellung des Blumen- und Zierpflanzenbaus auf Gemüsebau Im Dienst der Ernährungssicherung

Die in dieser Nummer der „Gartenbauwirtschaft“ veröffentlichte Anordnung Nr. 36/41 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft regelt die Umstellung des Blumen- und Zierpflanzenbaus auf Gemüsebau. Es ist mir einige Male die Auffassung begegnet, die von den Blumen- und Zierpflanzenbauern geäußert wurde, daß die Umstellung keine ernsthafte, sondern nur eine vorübergehende Maßnahme sei. Diese Auffassung ist aber durch die allgemeine, besonders aber auch kulturelle Bedeutung der Versorgung mit Blumen zu gering eingeschätzt. Dem ist aber nicht so. Denn vernünftiger Mensch wird angelehnt der geistigen Nachfrage nach Blumen behaupten wollen, daß Blumen im Krieg entbehrlich sind. Heute handelt es sich aber nicht mehr darum, zu prüfen, ob Blumen, die gestellt werden, mehr oder weniger berechtigt sind, sondern einzig und allein darum, das zu tun, was die durch den Krieg geschaffene Lage von uns fordert. Zur Sicherstellung einer ausreichenden und gesunden Ernährung, besonders in den Frühjahrsmonaten ist erhöhte Gemüseerzeugung erforderlich. Gegenüber dieser Erkenntnis haben alle Bedenken grundsätzlichen Charakter.

Nach den Richtlinien, die der Anordnung Nr. 36/41 beigefügt sind, muß in allen dazu geeigneten Betrieben mindestens 50 % der gesamten Glasfläche derzeit mit Gemüse bebaut werden, das die Ernten in der Zeit vom 15. 2. bis 31. 5. anfallen. Welche Betriebe geeignet sind, entscheidet der Kreislandwart — im Zweifel, oder bei Zweifelsfällen der von der Landesbauernschaft beauftragte Sachverständige — nicht aber der Betriebsinhaber selber. Einige grundsätzliche Ausnahmen sind unter Punkt 4 und 5 der Richtlinien genannt worden.

Die unter 1 ausgesprochene Verpflichtung darf nicht etwa dahingehend ausgelegt werden, daß es genügt, die gesamten Flächen innerhalb der vorgeschriebenen Zeit einmal mit einer kurzfristigen Kultur zu bebauen. Die Anordnung ist vielmehr so zu verstehen, daß von kleinen Unterbrechungen abgesehen, die sich beim Wechsel kurzfristiger Kulturen ergeben, vom 15. 2. bis 31. 5. Gemüse gebaut werden muß. Es bestehen im übrigen keine Bestimmungen darüber, ob das Gemüse vornehmlich in Gewächshäusern oder in Frühbeeten angebaut werden soll, sondern es kommt darauf an, daß die Ernten der unter 1 behandelten Früh- und Sommerperiode bis zum 31. 5. anfallen. Als besonders geeignet können alle nutzlichen Gewächshausbauten mit großen Glasflächen und reichlich

beheizten Lüftungseinrichtungen angesehen werden. Damit will ich nicht sagen, daß die älteren Bauten undrausbar sind, wohl aber wird es zweckmäßig sein, da wo ältere Bauten vorhanden sind, den Frühgemüsebau nicht in den Gewächshäusern, sondern vornehmlich in den Frühbeeten zu betreiben.

Unter Punkt 3 der Richtlinien wird gesagt, daß die mit Gemüsebaupflanzen besetzten Kulturflächen bei der Ermittlung der Gemüsebaufläche im Anrechnung gebracht werden. Gemüsebaupflanzen lassen sich auch noch in solchen Gewächshäusern (auf Tischen und Gängebrettern) herausziehen, die für den eigentlichen Frühgemüsebau ungeeignet erscheinen. Zudem werden sehr viel Gemüsebaupflanzen zur Versorgung des Kreislandgemeindefonds bei Landwirten, Gärtnern, Ziehlern und Kleingärtnern benötigt. Im Interesse der nicht rechtzeitigen Abnahme der Pflanzen zu vermeiden, sind nach Möglichkeit Abkürzungen zu tätigen. Die Bestimmungen unter Punkt 6 der Richtlinien betreffen die Ermittlung wertvoller Pflanzenbestände, deren erneute Anzucht viele Jahre in Anspruch nehmen würde, zu verhindern.

Unter Punkt 8 der Richtlinien wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Betrieben, die sich nicht umstellen müssen, gebietsweise Kulturleistungen zu geben. Diese Kulturleistungen sind zweckmäßigerweise gemeinsam von Fachleuten des

Blumen- und Gemüsebaus auszuführen. Sie müssen kurz und übersichtlich sein und sollen u. a. folgende Angaben enthalten:

1. Sortenwahl,
2. Zeit der Aussaat und der Pflanzung,
3. benötigte Kulturfäche,
4. Temperaturen,
5. Entzündungsdauer:
  - a) vom Saaiern bis zum Verpflanzen,
  - b) vom Pflanzen bis zum verkaufsfertigen Erzeugnis.
6. Düngung und Bewässerung.

Da wir wissen, daß die Bevölkerung nach Blumen verlangt, müssen wir bemüht sein, trotz hundertprozentiger Erfüllung unserer Verpflichtungen, nach Möglichkeit viel Blumen herausziehen. Das ist nur möglich, wenn wir mit einigen alten Gewächshäusern brechen. Vor allem kommt es darauf an, nur noch wenige, wirklich bewährte Sorten anzubauen und solche Blumenarten zu bevorzugen, die schnell großen Ertrag bringen und die sich daher im Wechselbau mit Gemüse gut verdrängen lassen. Um ein Beispiel zu geben: Es kommt heute nicht darauf an, großblumige Christrosen auf den Markt zu bringen, die sogenannten mittelblumigen oder auch dekorative Sorten tun es auch. Sie brauchen nicht unter Glas angebaut zu werden. Es genügt, wenn sie z. B. nach der beendeten Tomatenernte in die Gewächshäuser kommen, um sie gegen Frost und Regen zu schützen. Nach wenigen Wochen können sie dann wieder frei, um die nächstjährige Kultur vorzubereiten.

Auf Einzelheiten muß eingegangen, heißt weiteren Veröffentlichungen vorbehalten. Wh.

## Politische Streiflichter

Albions Maske fällt

Der Weltöffentlichkeit sind in den letzten Tagen die Berichte zweier deutscher Diplomaten unterbreitet worden, die ein kaum glaubliches Bild englischer Niedertracht und Perversität bekunden. Es handelt sich einmal um den früheren deutschen Gesandten in Teheran, Eitel, und um den deutschen Generalkonsul von Island, Prof. Gerlach. Beide gerieten in die Hände der englischen Soldateska. Sie und ihre Familien wurden gegen alle Grundsätze des Völkerrechts einer Brutalität unterworfen, wie sie hauptsächlich nur im britischen Empire üblich sein kann. Der deutsche Generalkonsul von Island wurde von seiner Familie getrennt. Nicht nur er selbst und seine Frau, sondern auch seine Kinder wurden in Gefängnisse geworfen — trotz seines diplomatischen Charakters. Welchen Bestialitäten die Deutschen des Irans ausgesetzt waren, das wird einmal ein schweres Gewicht auf der Waage britischer Schuld sein. Man soll in London nicht damit kommen, daß es Bolschewisten gewesen seien, die die deutschen Frauen und Kinder mit einer ungläublichen Schikane behandelt haben. Verantwortlich für das freie Geleit der Deutschen aus dem Iran waren die Engländer. Sie hatten ihr Wort gegeben und freies Geleit zugesichert. Die sadistischen Behandlungen, denen die deutschen Frauen und Kinder von sowjetischen Bestien ausgesetzt waren, werden Britannien zur Last gelegt. Von den Bolschewiken haben wir eine andere Methode überhaupt nicht erwartet, dafür wird diese Pest auch bis zum letzten ausgerottet werden. England aber glaubt, sich zu den Kulturnationen rechnen zu dürfen, eine Forderung, die nunmehr nachgerade in Zweifel gestellt werden muß. Der Fall Eitel und der Fall Prof. Gerlach haben England demaskiert, haben vor aller Welt gezeigt, daß England Bestialität, Brutalität, Heuchelei und Gemeinheit als Waffen seines politischen Kampfes einsetzt. Deutschland nimmt diese Tatsache zur Kenntnis und wird eines Tages Rechenschaft fordern! Wehe dann dem englischen Volk, wenn es ausbaden muß, was der Kriegsverbrecher Churchill und seine jüdischen Hintermänner angezettelt haben.

Eine schallende Ohrfeige!

Der Plutokratenhäuptling Roosevelt hat eine Ohrfeige einstecken müssen, die in der Geschichte sicherlich niemals vergessen werden wird. Roosevelt hatte versucht, durch Erpressung das tapferen finnische Volk aus der Kampffront gegen den Bolschewismus herauszubrechen. Man hätte wohl geglaubt, mit irgendwelchen wirtschaftlichen Vorteilen die Idee des völkischen Widerstandswillens der Finnen zu beseitigen. Finnland hat auf diese Niedertrachtigkeit eine Antwort gegeben, die der Tapferkeit, dem Ruhm und der geschichtlichen Mission Finnlands würdig ist. Mit Recht hat der finnische Staatspräsident darauf hingewiesen, daß die Behauptungen, Amerika müsse sich durch Finnlands Vorgehen bedroht finden, geradezu lächerlich sind. Wenn man Amerika durch Finnland bedroht sehe, dann wäre es doch immerhin interessant, zu erfahren, als was die Amerikaner die Ueberfälle der Bolschewiken auf Finnland ansehen. Finnland steht auf der Seite des neuen Europas und wird seine Mission zur Vernichtung der bolschewistischen Pest bis zum Ende erfüllen. Eine solche Antwort muß sich Amerika geben lassen von einem Volk, das zahlenmäßig geringer ist als die Einwohnerzahl der Plutokratenhochburg in New York! Oder steht es so schlecht um den bolschewistischen Verbündeten, daß man schon durch solche diplomatischen Erpressungen versuchen muß, zur Erleichterung der Lage Stalins beizutragen?

Bolschewiken ohne Nahrungsgrundlage

Nach Meldungen aus Amerika ist es mit der Kriegsmaterialhilfe der Amerikaner für Sowjetrußland allein schon nicht mehr getan. Stalin fordert jetzt auch Getreide, weil sonst die Ernährung der noch nicht von Deutschen besetzten Gebiete unmöglich sei. Tatsächlich hat der deutsche Vormarsch das bolschewistische Rußland seiner wichtigsten Nahrungsquellen beraubt. Allein die Ukraine lieferte 30 % des Getreidebedarfs Sowjetrußlands, 80 % des Bedarfs an Zuckerrüben, 50 % des Tabaks, 25 % der Sonnenblumen, 25 % des Hanfs und 40 % der Kartoffeln. Schließlich sind aber nicht nur die Gebiete der Ukraine besetzt worden, sondern die wichtigsten Teile Westrußlands überhaupt, dazu neuerdings die Krim, die vor allem durch ein landwirtschaftliches Produktionsgebiet darstellt. Alle diese Gebiete hat Rußland aufgeben müssen, und es ist zweifellos nicht in der Lage, den hier erlittenen Ausfall an anderer Stelle wieder gutzumachen. Diese Tatsachen muß man berücksichtigen, wenn man die militärische Leistung des deutschen Soldaten voll würdigen will! Die Bolschewiken sind nicht nur militärisch niedergeboren, sie haben auch die wirtschaftlichen Grundlagen eines weiteren erfolgreichen Widerstandes verloren. Sie mußten die wichtigsten Industriegebiete aufgeben und vor allem die Kerngebiete ihrer agrarischen Produktion.

## Anordnung Nr. 36/41 der Hauptvereinigung vom 7. November 1941

### Die Umstellung des Blumen- und Zierpflanzenbaus auf Gemüsebau

Ruf Grund des § 4 der Verordnung über den Zusammenbau der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 21. Oktober 1939 (RGBl. I S. 911) und des § 8 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 6. Februar 1937 (RGBl. I S. 77) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet:

I. (1) Um während der Dauer des Krieges die Versorgung mit Gemüse zu sichern, ist den Mitgliedern der Gartenbauwirtschaftsverbände verboten, den Umfang des Blumen- und Zierpflanzenbaus über den Stand des Jahres 1939 hinaus zu erweitern.

(2) Gartenbaubetriebe, die sich ausschließlich oder überwiegend mit der Anzucht von Blumen- und Zierpflanzen betreiben, haben für die Dauer des Krieges einen Teil ihrer Glasflächen — sowohl im Freiland wie unter Glas — mit Gemüse zu bebauen.

(3) Die Vorsitzenden der Gartenbauwirtschaftsverbände werden beauftragt, die Kreislandwarte Gartenbau für die Durchführung der Bestimmungen des Abschnitts I (2) dieser Anordnung nach den hierzu getrennt herausgegebenen Richtlinien zu unterstützen.

II. (1) Im Rahmen der Brennstoffzuteilung für die Beheizung von Kulturräumen in Gartenbaubetrieben werden die Kreislandwarte Gartenbau beauftragt, bei den Gartenbaubetrieben Feststellungen zu treffen, ob und wie weit den Bestimmungen des Abschnitts I (2) dieser Anordnung Folge geleistet wurde. Sie sind verpflichtet, dem zuständigen Wirtschaftsamt über die zuständige Kreisbauernschaft Mitteilung von ihren Feststellungen zu machen und dieses bei der Brennstoffzuteilung an die einzelnen Betriebe zu beraten.

(2) Die Kreislandwarte werden ermächtigt, beim Bezirkswirtschaftsamt zu beantragen, Gartenbau-

betrieben, die nicht dem Abschnitt I (2) entfallende Umstellungen ihrer Kulturen vorgenommen haben, teilweise die Brennstoffzuteilung zu sperren. Den betroffenen Gartenbaubetrieben ist dies durch den Kreislandwart unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

(3) In der Brennstoffzuteilung gefürzte Gartenbaubetriebe können gegen die Entscheidung des Kreislandwartes über den Fortbestand des zugehörigen Gartenbauwirtschaftsverbandes beim Landesbauernführer Beschwerde einlegen.

III. Der Vorsitzende der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft kann im Einzelfalle — zur Vermeidung unbilliger Härten — Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Anordnung — auch unter Auflagen — zulassen.

IV. Mitglieder der Gartenbauwirtschaftsverbände, die den Vorschriften dieser Anordnung und den auf Grund dieser Anordnung erlassenen Anweisungen zuwiderhandeln, können in Ordnungstrafe genommen werden. Als Zuwiderhandlungen sind auch Maßnahmen anzusehen, die, ohne gegen den Wortlaut der Bestimmungen zu verstoßen, eine Umgehung darstellen. Auch der Versuch der Umgehung ist strafbar.

V. Diese Anordnung tritt am 7. November 1941 in Kraft.

Berlin, den 7. November 1941.

Der Vorsitzende der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft.  
Soetner.

## Richtlinien zur Anordnung Nr. 36/41

1. In allen dazu geeigneten Betrieben müssen mindestens 50 v. H. der gesamten Glasfläche derzeit mit Gemüse bebaut werden, das die Ernten in der Zeit vom 15. 2. bis 31. 5. anfallen.

2. Nach dem 31. 5. müssen 15 v. H. der Glasfläche und 40 v. H. der Freilandfläche mit Gemüse bebaut werden. Darüber hinaus wird gefordert, daß die Gewächshäuser und Frühbeete während der Anbauperiode nicht längere Zeit leerstehen dürfen. Die mit Gemüse, Junopflanzen besetzten Kulturflächen werden bei der Ermittlung der Gemüsebaufläche mit in Anrechnung gebracht.

3. Die Anbauflächen mit Spezialkulturen von Orchideen und anderen hochwertigen Warmhauspflanzen — mit Ausnahme der Pflanzen, die noch einjähriger Kultur wertvoller sind — (z. B. Begonien, Glorienen usw.) werden von der Gesamtfläche abgezogen. Dagegen ist es bis auf Widerruf nicht zulässig, diese Kulturen auszubauen oder neu aufzunehmen.

4. Kulturreinrichtungen, die nach Urteil von Sachverständigen zur Gemüsekultur ungeeignet sind, sollen zur Vermeidung von Verlusten an Saat- und Pflanzgut nicht zur Gemüsekultur Verwendung finden. Hieran gehören auch die Kulturreinrichtungen, die Boden enthalten, die zur Gemüsekultur in Anspruch genommen sind, z. B. laure Moor-, Heide- oder Nadelerde, wie sie zur Anzucht von Azaleen, Jasmin und Eschen benutzt wird. In solchen Betrieben soll sich der Gemüsebau auf Kulturreinrichtungen und Freilandflächen beschränken, die hierfür brauchbaren Boden haben.

5. Betriebe, die wertvolle Pflanzensammlungen zu erhalten haben, u. a. Junopflanzen, Treibstücker, Stanzrosen, oder Betriebe, die z. B. Cyclamen- und Glorienkulturen betreiben, sind von der Auflage grundsätzlich nicht befreit; die Kreislandwarte sind jedoch gehalten, bei diesen Betrieben besonders sorgfältig zu prüfen, inwiefern Abwechslungen von den Forderungen unter 1 und 2 erforderlich sind, um wertvolle Pflanzensammlungen zu erhalten.

6. Anbaukulturen z. B. Gemüsebau zwischen Säen werden nur dann, und zwar mit 50 v. H. als Gemüsebaufläche angerechnet, wenn die Gemüsekultur so rechtzeitig und ordnungsmäßig inselbietet, daß der Ertrag gesichert ist.

7. Um den Blumen- und Zierpflanzenbau durch die geforderte Umstellung zu erleichtern, werden abetwa 10 % der Kulturflächen angegeben. Darüber hinaus ist es erforderlich, den Gemüsebau in Blumen- und Zierpflanzenbetrieben durch weitgehende Betätigung in den Betrieben, wobei der Versuch- und Beratungsdiens einzuschalten ist, zu unterstützen.

Berlin, den 7. November 1941.

Der Vorsitzende der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft.  
Soetner.

## Dämmerung in London?

Die Landwirte in Holland und Dänemark sind mit der neuen Lage (gemeint ist die Entwicklung in Europa) nicht unzufrieden. Der Bauer auf dem Balkan ist jetzt kein ganzes Getreide, seinen Tabak und seine Solobohnen ab und erhält ein festes Entgelt dafür. In Westeuropa haben die holländischen Obst- und Gemüseerzeuger eine erschöpfende Saison gehabt. Nach Jahren, in denen sie ihre Heberische vernichten mußten, können sie jetzt ihre ganze Ernte in Deutschland abgeben und bekommen gute Preise dafür. Diese Feststellungen sind nicht etwa einer deutschen Zeitung entnommen, aber der Zeitung eines anderen Staates des europäischen Festlandes, sondern dem Londoner „Economic Review“, der bekanntesten britischen Wirtschaftszeitung. Es muß den Engländern schon einen harten Schlag versetzt haben, daß sie mit derartigen Wahrheiten — immerhin eine Seltenheit in England — konfrontiert sind. Für und für die günstige Lageentwicklung der europäischen Landwirtschaft und die langsame Herausbildung einer stabilen Wirtschaftsgrundlage im Gefolge des gesamten europäischen Wirtschaftsraumes ja nichts Neues. Die Engländer aber haben bisher über alle Organe zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung das Gegenteil behauptet. Sie erklärten, daß die europäische Wirtschaft, vor allem die europäische Landwirtschaft, „zusammenbrechen müsse“, wenn die bisherige Ordnung der Weltverhältnisse verloren gehe. Mit Dohn und Spott verarbeitete man die deutschen Maßnahmen und Pläne, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeuteten als die Herausbildung der europäischen Landwirtschaft aus dem illusorischen Spekulationskaumel des sogenannten Weltmarktes. Aus all diesen Gründen nehmen wir Deutschen es also mit besonderem Vergnügen zur Kenntnis, daß angesichts der wachsenden Erfolge des deutschen Aufbauplanes für Europa die Engländer nicht mehr umhin können diese Erfolge doch einmal zuzugeben. An sich ist uns das Urteil der Engländer völlig gleichgültig. Wenn wir die Bemerkungen des „Economic Review“ überhaupt anführen, so als Beweis dafür, daß England mit seinem Volk am Ende ist. Man kann sich aber in London darauf verlassen, daß die Gründung der europäischen Landwirtschaft immer weitere Fortschritte machen wird. Wenn die Ergebnisse des Krieges mit dem deutschen Sieg beendet sein werden, dann erst wird man in vollem Ausmaß den Segen der deutschen Maßnahmen für die europäische Landwirtschaft erkennen können, und mit uns übereinstimmend, daß dann nicht nur dem „Economic Review“ sondern allen Engländern die Augen aufgehen werden.